

ANTRÄGE

**Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Lichtenberg
am 20. September 2020**

Beschlossene Anträge

ANTRÄGE

1. Beschlossene Anträge				
Nummer	Antragsteller	Titel	Votum KDV	Weiterleitung
A 01 - 20	AfA	Keine Zerschlagung der S-Bahn	Annahme Konsensliste	LPT
A 02 - 20	AfA	Mindeststandards für Vergütungen und soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen einführen	Annahme Konsensliste	LPT, BPT
A 05 - 20	Jusos Lichtenberg	Den Begriff "Rasse" aus dem Grundgesetz streichen!	Annahme Konsensliste	LPT, BPT
A 09 –20	AG Migration und Vielfalt	Das Bewerbungsverfahren in allen Berliner Landesbehörden und Landesunternehmen Anonymisieren	Annahme Konsensliste	LPT
A 10 –20	AG Migration und Vielfalt	Lange Nacht der Migration und Menschenrechte in Lichtenberg	Annahme Konsensliste	BVV-Fraktion
A 11 –20	Abteilung 6	Europa nicht nur während der Europawahlen	Annahme Konsensliste	LPT, BPT
A 22 - 19	AK Stadtentwicklung	Verkehrsinfrastruktur außerhalb des S-Bahn-Rings verbessern	Annahme	LPT
A 17 - 19	Abteilung 4	Mobilitätspass einführen	Annahme	LPT
I 01 - 20	Jusos Lichtenberg, Abteilung 6	Nazis gehören hinter Schloss und Riegel – unser Parlament nicht.	Annahme	LPT, BPT

ANTRÄGE

1. Beschlossene Anträge

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 01 – 20</u>	
Antragsteller: AfA	
KDV Lichtenberg am 14.03.2020	
Beschluss KDV <u>Ja</u> <u>Stimmen</u> <u>Nein</u> <u>Stimmen</u> <u>Enthaltungen</u> <u>Stimmen</u>	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Empfehlung der Antragskommission:	

Die Kreisdelegiertenkonferenz des SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Keine Zerschlagung der S-Bahn

- 1 Die Arbeitnehmerinnenorganisationen der drei Berliner Koalitionsparteien, die
- 2 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, die
- 3 Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb&Gewerkschaft (DIE LINKE) und die
- 4 GewerkschaftsGrün (DIE GRÜNEN) kritisieren die am 12. November vom Senat
- 5 beschlossenen Eckpunkte zur Vergabe von S-Bahn-Strecken. Wir teilen die Befürchtung
- 6 der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, EVG, dass mit diesem
- 7 Ausschreibungskonzept erhebliche Nachteile für die Beschäftigten der S-Bahn und für
- 8 die Fahrgäste in Berlin und Brandenburg drohen. AfA, GewerkschaftsGrün und
- 9 Betrieb&Gewerkschaft fordern deshalb, auf die Ausschreibung der S-Bahn und von
- 10 Teilstrecken zu verzichten. Sofern eine Ausschreibung schon begonnen wurde, ist sie
- 11 abubrechen.
- 12
- 13 Grundsätzlich lehnen wir die Ausschreibung der S-Bahn und insbesondere die
- 14 Ausschreibung von Teilstrecken ab. Wir wollen keine Privatisierung auf Kosten von
- 15 Beschäftigten und Fahrgästen. Der S-Bahn-Betrieb muss aus einer Hand erfolgen.
- 16 Wir fordern deshalb das Abgeordnetenhaus und den Senat auf, durch eine
- 17 Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass das Bundesgesetz gegen
- 18 Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) so geändert wird, dass die kommunale
- 19 Daseinsvorsorge nicht privatisiert werden kann. Dazu gehört die S-Bahn.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 02 – 20</u>	
Antragsteller: AfA	
KDV Lichtenberg am 14.03.2020	
Beschluss KDV <u>Ja</u> <u>Stimmen</u> <u>Nein</u> <u>Stimmen</u> <u>Enthaltungen</u> <u>Stimmen</u>	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Empfehlung der Antragskommission:	

Die Kreisdelegiertenkonferenz des SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

1 **Mindeststandards für Vergütungen und soziale Absicherung von Solo-Selbständigen**
 2 **einführen**

3
 4 Zur Verbesserung der Situation von Solo-Selbständigen sollen folgende Maßnahmen
 5 ergriffen werden:

- 6
 7 1. Neben der Krankenversicherungspflicht soll die Versicherungspflicht in der Ren-
 8 tenversicherung eingeführt werden. Dazu sollen nach Branchen Kassen nach
 9 dem Modell der Künstlersozialkassen eingerichtet werden, in die Auftraggeber
 10 und Selbständige paritätisch einzahlen.
 11 2. Auftraggeber der öffentlichen Hand, der Kommunen und des Bundes sollen die
 12 Honorare an die gesetzlichen Mindestlöhne unter Berücksichtigung der unter-
 13 nehmerischen Spezifika der Selbständigen anpassen und entsprechende Verga-
 14 beregeln einführen.
 15 3. Scheinselbständigkeit ist durch die Versicherungsträger verschärft zu prüfen
 16 und zu bekämpfen.
 17 4. Gründung eines Fonds zur Abfederung von Härte, wie derzeit die Corona-Krise.

18
 19 **Begründung der Änderung.**

20
 21 Da Solo-Selbständige Unternehmerrisiko und Unternehmerinitiative tragen, wider-
 22 spricht die Einführung allgemeiner Mindesthonorare den Vorschriften der Vertragsfrei-
 23 heit im Geschäftsverkehr. Für Mindestvergütungen sollte daher die öffentliche Hand
 24 vorangehen. Gleichzeitig sollten die dem Gesetzgeber zur Verfügung stehenden Mög-
 25 lichkeiten wieder stärker ausgeschöpft werden, um scheinselbständige Vertragsverhält-
 26 nisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen.

27 Das Modell der Künstlersozialkassen hat sich bewährt und könnte ein Beispiel für an-
 28 dere Branchen bilden.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg	Kreis 11
Antrag <u>A 05 – 20</u>	
Antragsteller: Jusos Lichtenberg	
KDV Lichtenberg am 20.09.2020	
Beschluss KDV <u>Ja</u> <u>Stimmen</u> <u>Nein</u> <u>Stimmen</u> <u>Enthaltungen</u> <u>Stimmen</u>	
Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Empfehlung der Antragskommission:	

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Den Begriff "Rasse" aus dem Grundgesetz streichen!

- 1 Artikel 3 GG lautet seit seiner letzten Veränderung vom 15. November 1994 wie folgt:
- 2 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse,
- 3 seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen
- 4 und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand
- 5 darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.
- 6 Als SPD lehnen wir die Einteilung von Menschen in Rassen grundlegend ab. Die SPD
- 7 und ihre Fraktionen setzen sich daher auf allen Ebenen und besonders als Fraktion des
- 8 Deutschen Bundestages dafür ein, dass Art. 3 III GG wie folgt geändert wird:
- 9 Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Hautfarbe oder
- 10 anderen äußerlichen Merkmalen, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines
- 11 Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevor-
- 12 zugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Der Staat
- 13 fördert die tatsächliche Gleichbehandlung und wirkt auf die Beseitigung bestehender
- 14 Nachteile hin.
- 15 Außerdem soll der Begriff "Rasse" auch an allen anderen Stellen des Grundgesetzes
- 16 durch Begriffe ersetzt werden, die nicht Bezug auf eine Einordnung in "Rassen" neh-
- 17 men.
- 18 Des Weiteren fordern wir, dass sich die SPD-Berlin und die sozialdemokratischen Mit-
- 19 glieder des Abgeordnetenhauses Berlin dafür einsetzen, dass der Begriff „Rasse“ auch
- 20 aus der Berliner Landesverfassung gestrichen wird.

ANTRÄGE

21 Begründung:

22 Das Verbot einer Ungleichbehandlung anhand ausgewählter Merkmale ist im Grundge-
23 setz aufgrund der deutschen Geschichte, in der vielfach von systematischer Benachteiligung
24 und Verfolgung einzelner Bevölkerungsgruppen Gebrauch gemacht wurde, von
25 besonders hohem Stellenwert. Deshalb ist es notwendig endlich den Begriff "Rasse" zu
26 streichen, der auch schon lange vor der Zeit des Nationalsozialismus den fundamentalen
27 Bestandteil rassistischer Terminologie bildete und mit seinem biologistischen Konzept
28 wiederkehrend Nährboden für Alltagsrassismus, Diskriminierung und Ungleichbehand-
29 lung gibt. Menschen lassen sich nicht in Rassen einteilen, der in der deutschen Sprache
30 geprägte Begriff hat eine ausschließlich diskriminierende Auswirkung und keine weitere
31 Ebene, wie sie beispielsweise mit dem englischen Begriff "race" und der "Critical race
32 theory" verwendet wird. Eine Umdeutung bleibt unmöglich.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag A 09 – 20

Antragsteller: AG Migration und Vielfalt

KDV Lichtenberg am 20.09.2020

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission:

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Das Bewerbungsverfahren in allen Berliner Landesbehörden und Landesunternehmen Anonymisieren

- 1 Die Bewerbungsverfahren in allen Berliner Landesbehörden und Landesunternehmen
- 2 müssen anonymisiert werden. Das bedeutet, dass Bewerber*innen weder ihren Na-
- 3 men, ihr Geschlecht und ihr Geburtsort angeben noch ein Foto mitsenden dürfen.

4 **Begründung:**

5 Vor kurzem wurde in Berlin das Antidiskriminierungsgesetz beschlossen. Das Berliner
6 Landes-Antidiskriminierungsgesetz ist das erste seiner Art in Deutschlands und
7 schließt eine Rechtslücke, die gerade im Bereich des behördlichen Handelns noch be-
8 steht. Sollen Personen Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, können sie dage-
9 gen vorgehen. Zwar ist das ein Meilenstein im Kampf gegen Diskriminierung und Ras-
10 sismus, allerdings bleibt es den Opfern der Diskriminierung überlassen, sich gegen Dis-
11 kriminierung zu schützen. Vielmehr sollte präventiv gehandelt werden, damit die Dis-
12 kriminierung möglichst nicht entsteht.

13 Aus der Forschung wissen wir, dass die meisten Diskriminierungserfahrungen im Ar-
14beitsbereich stattfinden. Neben der allgemeinen Diskriminierung den Menschen mit
15 Migrationsgeschichte gegenüber, sind außerdem ethnische Hierarchien zu beobach-
16ten. Zum Beispiel werden Menschen mit arabisch anmutenden Namen nachweislich
17 häufiger diskriminiert als Menschen mit spanischen Namen. Auch das Geschlecht und
18 das Äußere tragen dazu bei, dass Vorannahmen gemacht werden, aufgrund deren
19 Menschen nicht nach ihren Leistungen, sondern aufgrund von rassistischen Vorurteilen
20 bewerten werden. Eine Anonymisierung der Verfahren würde dazu führen, dass die
21 Leistungen der einzelnen Menschen Aufwertung erfahren und diskriminierende Voran-
22 nahmen größtenteils verhindert werden. Die Anonymisierung der Bewerbungsverfah-
23ren ist in Staaten wie Frankreich, Belgien und zum Teil USA sehr verbreitet und sollte
24 als Best-Practice-Beispiel dienen.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 10 – 20

Antragsteller: AG Migration und Vielfalt

KDV Lichtenberg am 20.09.2020

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Lange Nacht der Migration und Menschenrechte in Lichtenberg

- 1 Die SPD-Fraktion der BVV Lichtenberg wird aufgefordert sich für eine Veranstaltung
 2 “Lange Nacht der Migration” in Lichtenberg einzusetzen. Das Bezirksamt Lichtenberg
 3 soll dazu aufgefordert werden, eine entsprechende Veranstaltung für das Jahr 2021 zu
 4 planen und umzusetzen.
- 5 Die Veranstaltung soll ähnlich wie das Konzept “Lange Nacht der Bilder” zwischen 18
 6 Uhr und Mitternacht Vereine, Organisationen und Personen vorstellen, die sich im Be-
 7 zirk gegen Rassismus einsetzen, für Menschenrechte kämpfen und Integration fördern.
 8 Unbedingt in die Planung mit einzubeziehen ist die Fach- und Netzwerkstelle LichtBli-
 9 cke, der Integrationsbeirat Lichtenberg, sowie der Integrationsausschuss der BVV. Als
 10 Veranstaltungsorte sind neben dem Rathaus Lichtenberg weitere Örtlichkeiten, wie die
 11 Räume der Verbände oder die kultursensiblen Begegnungsstätten, denkbar.
- 12 **Begründung:**
- 13 Vereine, Organisationen und Personen, die sich für Vielfalt und Integration einsetzen,
 14 hat Lichtenberg viele zu bieten. Um ihr Engagement gegen Rassismus und für Men-
 15 schenrechte zu würdigen und zu fördern, soll der Bezirk eine jährliche Veranstaltung
 16 organisieren, die dieses Engagement für Bürgerinnen und Bürger sichtbar macht. Eine
 17 solche Veranstaltung bietet außerdem die Möglichkeit zur Vernetzung zwischen den
 18 Verbänden und zur Gewinnung ehrenamtlicher Unterstützung. Zudem sensibilisiert es
 19 für die Problematiken rassistischer Diskriminierung, die Hürden, denen Menschen mit
 20 Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft noch immer begegnen, und bietet die
 21 Gelegenheit zum Austausch mit Betroffenen und Interessierten.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 11 – 20

Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/ Friedrichsfelde-Süd

KDV Lichtenberg am 20.09.2020

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Europa nicht nur während der Europawahlen

1 Die SPD ist die Europapartei. Den Herausforderungen unserer Zeit - die Corona-Pandemie,
 2 dem dringend notwendigem sozial-ökologische Wandel und einer beherzten Digitalisierung -
 3 können wir nicht alleine auf Ebene der Länder oder des Bundes begegnen.
 4 Sie machen nicht an nationalen Grenzen halt und benötigen daher gemeinsame, europäische
 5 Lösungen. Daher ist es wichtig, dass die Wahlprogramme von Unterbezirken,
 6 Bundespartei und Landesverbänden genau dies beherzigen und widerspiegeln. Wir respektieren,
 7 dass auf Landes- und Bundesebene jeweils unterschiedliche Wahlkampfakzente
 8 gesetzt werden. Wir glauben jedoch, dass kommunal-, landes- und bundespolitische
 9 Themen sich nicht mehr von europäischen Fragen trennen lassen. Wir fordern daher
 10 für die Wahlprogramme der SPD in Land und Bund, ein klares Bekenntnis zu Europa
 11 und, dass nationale, kommunale oder lokale Fragen auch europäische Lösungen mitdenken.
 12

13 Begründung:

14 Ein SPD-Wahlprogramm sollte auch in Wahlkämpfen auf Bundes- und Landesebene
 15 nicht nur ein klares Bekenntnis zu einem geeinten und starken Europa, sondern auch
 16 inhaltliche Vorschläge enthalten. Wir können keinen sozialdemokratischen Wahlkampf
 17 mehr führen, ohne dabei stets auch eine europäische Perspektive einzunehmen.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 22 – 19

Antragsteller: Arbeitskreis Stadtentwicklung

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission: Votum aus 2019: Annahme i.d.F.d.AK**

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verkehrsinfrastruktur außerhalb des S-Bahn-Rings verbessern

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden
 2 ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die Verkehrsinfrastruktur auch außerhalb des S-
 3 Bahn-Rings rasch und zielgerichtet an die Erfordernisse einer wachsenden Stadt
 4 angepasst wird. Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

- 5 1. Die Ausweitung des BerlKönig-Service auf die Außenbezirke
- 6 2. Die Einführung von Rufbussen, wie im Nahverkehrsplan 2019-2023 vorgesehen
- 7 3. Die Schaffung und Erweiterung von Park-and-Ride-Parkplätzen sowie öffentli-
 8 chen Mobilitätsstationen
- 9 4. Vereinbarungen mit Wohnungsbauunternehmen und Bike- und CarSharing-An-
 10 bietern zur Ausweitung der Geschäftsgebiete
- 11 5. Die Verbesserung der Lade-Infrastruktur insbesondere auf den vermieteten
 12 Parkplätzen der Wohnungswirtschaft
- 13 6. Die Verbesserung der Taktzeiten auf bestehenden S-Bahn-, U-Bahn-, Straßen-
 14 bahn- und Buslinien
- 15 7. Die Prüfung des Aus- und Neubaus von U-Bahn-Linien, insbesondere der U6, U7,
 16 U8, U9, U10 nach Hohenschönhausen und U11 nach Marzahn

17 Zur gezielten Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sollen Pläne auch mit der
 18 Bevölkerung vor Ort diskutiert und Vorschläge gesammelt werden.

Begründung:

20 Im Koalitionsvertrag hat sich die rot-rot-grüne Koalition darauf festgelegt, den ÖPNV
 21 insbesondere in den Außenbezirken zu verbessern – durch Rufbusse und Sammeltaxis,
 22 durch einen besseren Takt von S-Bahn, U-Bahn, Bus und Straßenbahn, die Schaffung
 23 von Park-and-Ride-Parkplätzen und die Ausstattung von P+R-Haltestellen und U-Bahn-
 24 Endhaltestellen mit Ladesäulen. Einige dieser Planungen wurden bereits im

ANTRÄGE

25 Nahverkehrsplan 2019-2023 verankert. Darüber hinaus ist es allerdings nötig, auch in
26 den Außenbezirken auf die Erfordernisse der schnell wachsenden Stadt und auch der
27 steigenden Zahl von Pendler*innen zwischen Außenbezirken und Innenstadt sowie
28 zwischen Berlin und Brandenburg zu reagieren. Insbesondere der modal split sollte
29 auch in den Außenbezirken verbessert werden, etwa durch die Verbesserung des Bike-
30 und Carsharings und die Bereitstellung von Rufbussen. Gerade das Angebot des
31 BerlKönigs ist für die Außenbezirke eine sinnvolle und rasch umzusetzende Ergänzung
32 des bestehenden ÖPNV-Angebots. Umso unverständlicher ist aus verkehrspolitischer
33 Sicht seine Begrenzung auf den S-Bahn-Ring.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag A 17 – 19

Antragsteller: Abteilung 4 Alt-Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Votum aus 2019: Annahme

Die KDV der SPD Lichtenberg,

Der Landesparteitag der SPD Berlin mögen beschließen:

Für die Mobilitätswende den Mobilitätspass einführen

- 1 Um bestehende Eintritts- und Nutzungsbarrieren bei der Nutzung von neuen Mobili-
- 2 tätsangeboten abzubauen, mögen sich die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und
- 3 die sozialdemokratischen Senatsmitglieder dafür einsetzen, dass ein Mobilitätspass
- 4 eingeführt wird.

- 5 Dieser Mobilitätspass soll ohne Preiserhöhung die bisherige VBB-Umweltkarte erset-
- 6 zen. Hinzukommen sollen automatische Mitgliedschaften bei ausgewiesenen nachhalti-
- 7 gen privaten und öffentlichen Mobilitätsdienstleistern, die in Berlin aktiv sind. Diese
- 8 müssen sich nach dem Landesvergabegesetz bewerben. Hierzu gehören insbesondere
- 9 die Sharing-Dienstleister für Bikesharing. Die Nutzung dieser Zusatzfunktionen kann
- 10 von den Nutzern aktiv angewählt werden.

- 11 Gegenüber allen Mitgliedsunternehmen sollen die Kunden nur noch anonymisiert (z.B.
- 12 Kundennummer) dargestellt werden. Die Abrechnung erfolgt über eine zentrale Mobili-
- 13 tätsagentur des Landes Berlins oder über den VBB. Nur dort liegen alle Kundendaten
- 14 vor. Damit wird es ermöglicht, dass die in Berlin wohnenden mit nur einer Anmeldung
- 15 und nur einer Karte im Portemonnaie alle Angebote nutzen können. Perspektivisch ist
- 16 auch eine zentrale App denkbar. Die Kosten für die Entwicklung der technischen Sys-
- 17 teme tragen die Mitgliedsunternehmen.

- 18 Die Teilnahme an diesem Mobilitätspass soll für alle privaten Mobilitätsdienstleister
- 19 zwingende Bedingung sein, um die Nutzung ihrer Dienste pauschal abrechnen zu kön-
- 20 nen.

- 21 Der Preis der Karte soll dauerhaft am Preis der VBB-Umweltkarte gekoppelt sein. Die
- 22 weiteren Angebote privater Dienstleister werden - wie aktuell auch schon – individuell
- 23 entsprechend der Nutzung abgerechnet. Die privaten Dienstleister behalten die Hoheit
- 24 über die Preisgestaltung ihres eigenen Angebots mit der Einschränkung, dass keine
- 25 Grund- und Aufnahmegebühren erhoben werden können.

ANTRÄGE

26 Ergänzend könnte auch ein „Mobilitätspass light“ eingeführt werden, der kostenlos ist,
27 allerdings nicht die VBB-Umweltkarte enthält. Auch Bonusprogramme sind denkbar,
28 die eine Vielnutzung belohnen und Steuerungsmöglichkeiten eröffnen, wie zum Bei-
29 spiel eine Nutzung außerhalb der Stoßzeiten.

30 **Begründung:**

31 Berlin ist in den letzten Jahren das Experimentierfeld für Sharing-Dienstleistungen im
32 Bereich Mobilität in Europa geworden. Gefühlt kommt jeden Monat ein neuer Anbieter
33 für Car- oder Bikesharing hinzu, andere geben wieder auf.

34 Die zögerliche Annahme der neuen Angebote durch Autobesitzer liegt auch daran, dass
35 diese sich mit den neuen Möglichkeiten oft nicht auseinandersetzen, da das eigene
36 Auto ja vor der Tür steht. Bike- und insbesondere E-Bike-Sharing werden nicht in Erwä-
37 gung gezogen, da schon die Anmeldeprozeduren und Anbieterauswahl als lästig emp-
38 funden werden. Die diversen Anmeldeprozesse bei der Vielzahl der Anbieter stellen
39 auch für sich genommen eine Einstiegshürde dar, die die Mobilitätswende mindestens
40 verzögert, etablierte Anbieter bevorteilt und damit auch wettbewerbsverzerrend und
41 monopolunterstützend wirkt. Hinzu kommen insbesondere bei Anbietern aus dem US-
42 amerikanischen und chinesischen Raum auch Datenschutzbedenken. Diese Hürden
43 werden beseitigt, wenn der vorliegende Antrag umgesetzt wird. Gleichzeitig wird die
44 Attraktivität der VBB-Umweltkarte und damit eines Umstiegs auf den ÖPNV erhöht.
45 Mit dem Mobilitätspass können sich die Berliner*innen künftig für günstige Mobilität
46 mit maximaler Flexibilität und Einfachheit entscheiden – frei vom eigenen Auto. Das
47 ist die Berliner Freiheit.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg		Kreis 11
Antrag	<u>101 – 20</u>	
Antragsteller:	Jusos Lichtenberg, Abteilung 6 Karlshorst/Friedrichsfelde Süd	
KDV Lichtenberg am	21.09.2019	
Beschluss KDV	Ja	Stimmen
	Nein	Stimmen
	Enthaltungen	Stimmen
Weiterleitung an	<input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV	
Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK		

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen
Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

Nazis gehören hinter Schloss und Riegel – unser Parlament nicht.

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages sowie die sozialdemokratischen
- 2 Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das „Ge-
- 3 setz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes“ nicht zu ändern.

- 4 **Begründung:**

- 5 Jedes Jahr finden tausende Demonstrationen in Berlin statt, darunter hunderte vor
- 6 dem Reichstagsgebäude. Der größte Teil von ihnen findet friedlich und auf Grundlage
- 7 des Grundgesetzes statt.

- 8 Es ist wichtig, dass solche Demonstrationen auch vor dem demokratisch gewählten
- 9 Parlament stattfinden können. Symbolisch wäre es ein falsches Zeichen, die Wiese vor
- 10 dem Parlament nur noch als Fotokulisse zu verwenden